



Offener Brief

An den Parteivorstand der Partei DIE LINKE

An die Redaktionskommission zum Parteiprogramm

Berlin, 16. Februar 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

Nach einer Vielzahl von Diskussionen in der Kommunistischen Plattform und im Marxistischen Forum möchten wir Euch Überlegungen zum seit dem 20. März 2010 vorliegenden Entwurf der Programmkommission mitteilen.

I. Zunächst einmal möchten wir betonen, dass wir der Grundlinie des Programmentwurfs zustimmen. Das ist das Ergebnis aller Landeskonferenzen der KPF, der Bundeskonferenzen vom 27.03. und 20.11.2010 sowie der monatlichen Zusammenkünfte des Marxistischen Forums. Des Weiteren haben wir die Erfahrung einer grundlegenden Zustimmung zur Grundlinie des Entwurfs – besonders an der Parteibasis – in vielen Veranstaltungen gemacht. Darunter waren auch die gemeinsam von der KPF und dem Marxistischen Forum organisierten Podiumsdebatten

- »Links und Libertär?« mit Klaus Höpcke und Klaus Lederer am 08.09.2010
- »Brauchen wir rote Linien für Regierungsbeteiligungen?« mit Uwe Hicksch, Stefan Ludwig, Thomas Nord und Dr. Arthur Pech am 12.11.2010
- »Für jeden Einzelfall eine neue Antwort?« mit Sahra Wagenknecht, Stefan Liebich, Tobias Pflüger und Paul Schäfer am 19.01.2011.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass wir hinter dem Inhalt des Offenen Briefes vom 30.09.2010 stehen, den inzwischen 900 Personen unterschrieben haben.

II. Nachfolgend einige kritische Hinweise zum Programmentwurf.

1. Änderungen zum Geschichtsteil sehen wir in folgende Richtungen:

- Im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg sollte darauf verwiesen werden, dass es die Sowjetunion war, die die größten Opfer bei der Zerschlagung des Faschismus erbrachte. Und das Potsdamer Abkommen ist nicht zu vergessen.
- Zu den Positiv-Seiten der DDR sollte hinzugefügt werden, dass es in ihr strukturellen Antifaschismus gab und in ihr das Prinzip »Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen« Staatsraison war.

- Zu erwähnen wäre ebenfalls, dass die positiven Entwicklungen in der DDR möglich wurden, trotz extrem widriger Umstände, unter denen sich diese Entwicklung vollzog und dass diese Umstände zu den Ursachen für unübersehbare Deformationen gehörten.

Der Umgang mit der Geschichte ist zugleich ein Umgang mit ungezählten Mitgliedern der Partei. Zählen könnte man diejenigen, die uns verließen, weil sie Geschichtsklitterungen auch innerhalb der Partei nicht mehr ertragen. Nun könnte man unterstellen, sie seien alle nur unbelehrbar und nicht bereit, kritisch mit der Geschichte und der eigenen Biografie umzugehen. Aber – so einfach ist das wirklich nicht. Es stimmt, was im Programmentwurf steht: »Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein ... Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur.« Das wissen die Parteimitglieder im Osten, das entspricht der Haltung sehr vieler und: Es geht – nicht nur, aber nicht zuletzt – darum, dass unsere älteren Genossinnen und Genossen ihren ganz persönlichen Anteil am sozialistischen Versuch auf deutschem Boden haben. Es wäre ausgesprochen gut, diesen Sachverhalt nicht zu ignorieren.

2. Wir lehnen die Verwendung des Begriffs »Nationalsozialismus« prinzipiell ab. Das ist die von den Hitlerfaschisten, also von den Nazis gewählte Selbstbenennung, um den Menschen, vor allem den Arbeitern vorzumachen, man wolle Sozialismus, allerdings den nationalen, auf keinen Fall einen internationalistischen. Der Begriff Nationalsozialismus ist durch und durch verlogen, und Sozialisten sollten ihn niemals verwenden, sondern den Begriff Faschismus. Sollte der Begriff »deutscher Faschismus« partout nicht verwandt werden, so kann vom »Aufstieg der Nazis«, von »Nazi-Barbarei«, von »deutschen Nazis« etc. gesprochen werden. Der Begriff »Nazi« ist hinlänglich abwertend und assoziiert ausschließlich Negatives.

3. Die Formulierung zum II. Weltkrieg »Die Barbarei und der verbrecherische Krieg der deutschen Nationalsozialisten verheerten ganz Europa« schlagen wir vor, durch folgende Formulierung zu ersetzen:

»Der ganz Europa verheerende Krieg des deutschen Imperialismus kostete mehr als fünfzig Millionen Menschenleben. Historisch einmalig waren die industriell betriebenen bestialischen Morde an sechs Millionen Jüdinnen und Juden und an mehr als einer halben Million Sinti und Roma, die hinter den deutschen Frontlinien stattfanden.«

4. Wir schlagen vor, die Formulierung »Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der EU seit mehr als einem halben Jahrhundert kein Krieg mehr geführt wurde, beteiligt sie sich...« zu ersetzen durch:

»Wenngleich innerhalb der EU seit ihrer Gründung kein Krieg geführt wurde, beteiligt sie sich ...«

Mit solidarischen Grüßen,

Sprecherkreis des Marxistischen Forums

Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform